



BAYERISCHER LANDKREISTAG

An die bayerische Presse

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung
20. Mai 2010

Neu gewählter Präsident des Landkreistags: „Mehr Spielräume für neue Entwicklungen“

Während des zweiten Tags der Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Essenbach, Landkreis Landshut, forderte der neu gewählte Präsident Dr. Jakob Kreidl, Landkreis Miesbach, in Anwesenheit von Ministerpräsident Horst Seehofer mehr Spielräume für neue Entwicklungen: „Die bayerischen Landkreise sehen sich als Zukunftsmotoren. Wir haben Ideen, wollen unsere Regionen entwickeln, doch stoßen wir immer wieder an unsere Grenzen. Fehlen die gestalterischen und finanziellen Spielräume, helfen die besten Vorsätze nichts.“

Landrat Dr. Kreidl wies vor allem auf die fehlenden finanziellen Mittel hin: „Die Wirtschaftskrise ist immer noch nicht überwunden. Für die Zukunft wissen wir nicht, wie es weitergeht und aus der Vergangenheit haben wir noch Lasten zu tragen.“ So seien die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden 2009 mit der Konjunkturkrise um ca. 8,8 % auf 12 Mrd. Euro gesunken. Auch für 2010 sei mit einem Rückgang der Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden in Höhe von 1 Mrd. Euro zu rechnen. Das bedeute einen Ausfall an Steuereinnahmen 2009 und 2010 gegenüber 2008 von rund 2,2 Mrd. Euro. Gleichzeitig stiegen die Sozialausgaben der bayerischen Kommunen jährlich um rund 250 Mio. Euro an. In den Bereichen der Hartz IV-Unterkunftskosten, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der Hilfe zur Pflege stiegen die Kosten immer weiter. Strikt verwahrte sich Dr. Kreidl gegen eine weitere kommunale Verschuldung: „Die Kommunen dürften nicht zulasten der örtlichen Wirtschaft und der Bürger ihre Investitionen für Schule, Straßen, Abwasser und Wasser auf Null zurückfahren.“ Er plädierte für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Steuereinnahmen einerseits und Sozialausgaben, Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie Zuwachs der Verschuldung andererseits.

Gerade die aktuelle Finanzlage der Kommunen, aber auch die überbordende Bürokratie müssten laut Dr. Kreidl Grund genug für eine Verwaltungsreform sein: „Schlanke Verwaltungsabläufe, mehr Bürgernähe und die Einsparung von Finanzmitteln werden der Verdienst einer wirklichen Verwaltungsreform sein. Liegt es nicht auf der Hand, dass die

Eingliederung der Verwaltungsaufgaben von Sonderbehörden in die Landratsämter zu effektiveren und rascheren Verwaltungsabläufen führt? Ich fordere den Freistaat auf, den großen Reformschritt zu wagen. Das Land Baden-Württemberg hat uns das vorgemacht. Einzelne Ansätze zu „Verwaltungsreförmchen“ bringen nichts. Wir brauchen den großen „Wurf“, den die bayerischen Landrätinnen und Landräte dann auch unterstützen werden.“

Demographischer Wandel und strukturelle Veränderungen in der Erwerbsarbeit werden dazu führen, dass die Sozialausgaben nicht mehr von den Einnahmen gedeckt werden können. Der Präsident plädierte daher für eine kurzfristige Strukturreform im Sozialstaat: „Die Hauptlast ist dabei allerdings von der Landes- und Bundespolitik zu tragen, die die großen Fragen sozialpolitischer Strukturreformen, die auch mit Gerechtigkeitsüberlegungen verbunden sind, zu beantworten haben. Als Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege werden sich die Kommunen auf ihre Kernkompetenz wie kommunale Daseinsvorsorge, Selbstverwaltung, Dezentralität und Subsidiarität beschränken. Prügeln in der Diskussion um Standardabbau und Einsparpotenziale wollen wir nicht sein!“

Die Neuausrichtung der Hauptschule, insbesondere die Einführung der Mittelschule und der Schulverbünde sah Dr. Kreidl auf dem richtigen Weg: „Wir fordern keine Änderung der Sachaufwandsträgerschaft, auch wenn uns das gelegentlich unterstellt wird. Wir hoffen allerdings, dass die angestoßenen Entwicklungen die berufliche Orientierung deutlich stärken.“ Hinsichtlich der Umsetzung bei der UN-Konvention in Förderschulen forderte Dr. Kreidl endlich Planungssicherheit: „Seit Sommer 2009 warten wir darauf, dass der Ministerrat ein konkretes Ausbaukonzept vorlegt. Ohne Vorgaben des Freistaates Bayern ist es uns nicht möglich, verantwortungsvoll zu planen. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe ist zwar gut gemeint, übersehen wird allerdings, dass in etlichen Landkreisen Entscheidungen mit erheblichen finanziellen Konsequenzen anstehen; das Schulsystem ist daher in enger Abstimmung mit den Sachaufwandsträgern umzubauen. Finanzielle Folgen sind im Sinne der Konnexität umzusetzen.“

Hinsichtlich der Diskussion um die Gewerbesteuer sprach sich Dr. Kreidl gegen die Abschaffung aus: „Da die Gewerbesteuer an den Betriebssitz einer Firma und den Sitz der Betriebsstätten anknüpft, stellt ein Zuschlag zur wohnsitzgebundenen Einkommensteuer keinen Ersatz dar!“

Der neue Präsident setzte sich vehement für eine Stärkung der institutionellen Vertretung der Kommunen auf europäischer Ebene ein: „Hinsichtlich der im Lissabonvertrag vorgesehenen kommunalen Mitbestimmung fordern wir mit der zu erwartenden Aufstockung der deutschen Sitze im Ausschuss der Regionen drei zusätzliche Sitze für die kommunale Seite.“ Sein besonderes Augenmerk wird Dr. Kreidl auch auf eine sorgfältige Kostenfolgeabschätzung bei Richtlinien- und Verordnungsverfahren – auch auf Europaebene – richten: „Dies kann eine überbordende Bürokratie verhindern und gleichzeitig Kosten sparen. Wir werden auch nicht nachlassen, die aus dem komplexen europäischen Rechtsrahmen resultierenden Verwaltungslasten, insbesondere auch für Unternehmen, zu reduzieren.“

Die Presseinformationen des Bayerischen Landkreistags gibt es auch im Internet:
<http://www.bay-landkreistag.de>